

- SPÖ
- Proteste gegen Bildungsabbau
- Hintergründe: Sparpaket
- China

Keine Stimme für Schwarz-Blau! Rechtsruck verhindern!

„Haut's die Roten“, der sprachliche Kraftlackel Graff brachte die Aufbruchstimmung des rechten ÖVP-Flügels zum Ausdruck. Mit dem zumindest vorläufigen Ende der Großen Koalition wittern die Bürgerlichen neue Chancen. Denn ihnen geht es um ein nichtsozialistisches Österreich, wie sie es nennen. Die ÖVP will sich aus der von ihr tödlich empfundenen Umarmung mit der SPÖ befreien.

von David Mum,
JRE-Wien West

Für die Volkspartei und die Interessen der Unternehmer war die Koalition mit der SPÖ immer eine Kosten-Nutzen-Frage. In den vergangenen neun Jahren hat es in Österreich viel zu tun gegeben, das ohne die SPÖ in Regierungsverantwortung kaum zu schaffen gewesen wäre: In erster Linie der EU-Beitritt, die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie, Abbau des Wohlfahrtsstaates. So ist es auch kein Wunder, daß die Koalition im selben Jahr geplatzt ist, in dem Österreich EU-Mitglied wurde. Jetzt geht es um den Abriß des Sozialstaates, um ein Erreichen der sogenannten Maastricht Kriterien auf Kosten der Arbeitnehmer, Pensionisten, Studenten, Arbeitslosen. Dazu ist die SPÖ grundsätzlich, wie die diskutierten Budgetvorschläge zeigten, auch bereit. Aber ihr sind dabei gewisse Grenzen gesetzt, auf die die Unternehmer einfach nicht mehr eingehen wollten.

Es war für die ÖVP nur eine taktische Frage, wann sie die Koalition sprengt und die Demütigung einer 25-Jahre andauernden SP-Kanzlerschaft beendet. Schlüssel nutzte die Gunst der Stunde. Die ÖVP war etwas gestärkt und er witterte die Chance, selber Kanzler zu werden, bevor ihn Haider mit der F überholt. Dieser war von der Aktion auch etwas überrascht. Wiederum wird Haider's Plan, Kanzler zu werden, um eine Wahl verschoben.

Worum geht es nun bei der „Richtungsentscheidung am 17.12.95“?

Alle Parlamentsparteien wollen nach der Wahl Sozialabbau betreiben. Für den Kampf dagegen gilt es, die bestmöglichen Bedingungen zu schaffen. Daß das auf jeden Fall

heißt: „Haut's die schwarze und blauen Obersozialabbauer!“, liegt auf der Hand.

Denn die ÖVP will beim „sozialen Mißbrauch“ einsparen, bei den Pensionen, den Arbeitslosen und überhaupt bei der Arbeitsmarktförderung. Eine Politik, die die Arbeitslosigkeit erhöht und die dadurch entstehenden Kosten bei den Arbeitslosen wieder reinholt. Wichtig für die ÖVP sind aber die Milliardenkäufe für das Bundesheer. So ein Programm ist mit der F leicht durchzusetzen. Das bedeutet für sie auch konkret: Der gemeinsame Nenner „25 Jahre Sozialismus sind genug“. Denn Sparen (bei sozialen Errungenschaften) spart Steuern (für die Reichen).

F: Die Meister des Populismus

Auch bei der F sind das die Programmpunkte, die langfristig aktuell bleiben. Egal unter welchem Deckmantel - EU-Beitritt: zuerst schon, dann doch nicht; Deutschnational: zuerst schon, dann doch nicht; Partei: zuerst schon, dann auch wieder! Die Mittel für das Ziel wechseln, das Ziel bleibt aber gleich: Ein Frontalangriff auf die Bevölkerungsmehrheit, der eine Säuberung von sozialen Rechten, Einfluß der Gewerkschaften, Arbeitnehmerrechten usw. bedeutet. Dafür will die F das Budget für das Heer fast verdoppeln.

Wie ist nun ein schwarz-blaues Österreich zu verhindern?

Das wollen ja 3 Parteien auf jeden Fall - angeblich.

Da gibt es einmal (noch) die FPÖ-Abspaltung: Das LIF. Geht es ausnahmsweise nicht gegen den Klerikalismus bzw. um Kulturpolitik oder Rechte für Homosexuelle, sondern um soziale oder wirtschaftliche Fragen, so vertritt das LIF dasselbe wie der Wirtschaftsflügel der ÖVP und

die F mit ihrer 3.Republik. Das geht soweit, daß die schon mehr als „pragmatisch“ auftretenden Grünen als Partei der Verstaatlichung und Planwirtschaft hingestellt werden, die sie leider nicht sind. Genau das ist ihnen auch vorzuwerfen. Die Grünen haben in den letzten Jahren zwar an Stimmen gewonnen, aber auch die meisten linken, systemkritischen Standpunkte „weggesäubert“. Für eine allfällige Regierungsbeteiligung werden schon jetzt eigene Positionen aufgegeben. Andere passen sich wenigstens erst an, wenn sie schon an der Macht sind. So ist das auch mit Petrovic's Aussage „vom gescheiterten Sozialstaat von anno dazumal“ zu sehen. Notwendig wäre „ein ökologisches, grünes Reformprojekt“ - da kann man schon massiv bei den Beamten sparen. Sie fallen damit in den allgemeinen Abgang auf den Wohlfahrtsstaat ein und machen sich zum Büttel derjenigen, die ihn zerschlagen wollen. Für die Grünen war ihr Schwenk nach rechts wesentlich leichter als für die SPÖ (die brauchte immerhin mehrere Jahrzehnte dafür). Denn das Klientel der Grünen war nie das Gros der Arbeitnehmer. Die Grünen sind heute gerade in ehemaligen ÖVP-Hochburgen stark. Genau diese Schichten beeinflussen auch die Politik der Grünen immer stärker. Daß Petrovic selbst langjähriges ÖVP-Mitglied war, rundet diesen Eindruck ab.

Bleibt also die SPÖ. Die will ja auch sparen, auch auf Kosten sozial Schwacher, aber eben nur, wenn es alle trifft, das soll dann aber sozial ausgewogen sein. Wer das nicht versteht, der wird im SPÖ-Magazin aufgeklärt: „Als dann die Sozialpartner ein sozial ausgewogenes Sparpaket vorlegten, war es die SPÖ, die dieses Projekt umsetzen wollte.“ Dieses sah bei den Arbeitnehmern zehnmal



...LINKS AKTIV WERDEN!

mehr als Sparmaßnahmen vor, als bei den Unternehmern. Trotz des Mittragens dieser asozialen Politik, haben die Arbeitnehmer in Österreich keine andere politische Vertretung als in der SPÖ - zumindest bei (NR-) Wahlen. Und solange sich das nicht ändert, ist auch jede SPÖ-Niederlage eine Niederlage für die Arbeitnehmer und ein Sieg der Bürgerli-

chen. Das hat sich bei der NR-Wahl im vorigen Jahr auch deutlich gezeigt. Genau darum rufen wir auch diesmal zur Wahl der SPÖ auf.

Das Wesentliche ist, daß wir gegen neue Sparpakete und eine asoziale Politik aktiv werden, egal, wer sie durchführt. Das ist die entscheidende, vor uns liegende politische Aufgabe.

Wir fordern:

- Nein zu Schwarz - Blau!
- SPÖ wählen!
- Laßt doch die Reichen zahlen!
- Links aktiv werden

Der Standpunkt:

Der Schlüssel/ Ditz - Kurs Die Zwei - freundlich und korrekt. Netze...



von John Evers

Sind Sie arbeitslos? Dann helfen Sie ja ohnehin nur Mühsache - sieben Mrd. weniger...

Wie und vor allem mit welchen Bündnispartnern dieser Belastungskurs durchgezogen werden soll, darüber schweigen sich jener Strichmännchenzeichner, der „Erster werden will“...

Was will VORWÄRTS

Für die große Mehrheit der Menschheit hat dieses Wirtschaftsmodell nichts zu bieten...

Tiefes aus der Sozialdemokratie:

Sozialistische Jugend „Die SPÖ war Garant gegen Sozialabbau in der Regierung“...

SPÖ Marienhilf löst unbekunte Trennung auf

Die Parteimitglieder 4, in der sich viele Parteimitglieder gesammelt hatten, wurde von Marienhilf SPÖ-Vorstand aufgelöst...

SPÖ wählen - aber links aktiv werden!

In einem offenen Brief an Österreich warnte die SPÖ - gleich nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition - vor einer schwarz-blauen Regierung...

von Sven Hilbert und Claudia Sorger

Klar ist, daß die bisherige Politik der SPÖ-Führung uns nahe an die 3.Republik herangeführt hat...

Fortsetzung der Großen Koalition und weiterer Abbau sozialer Errungenschaften - als direkte Angriffe auf die SPÖ-Wähler liefen in Scharen davon...

bleibt es nur, daß die Parteiführung zu dieser Verteidigung unfähig ist. Deshalb müssen wir selbst aktiv werden...



Sie wollen so gerne die besseren "Sparer" sein

ring mit ihrer Arbeiterbasis verbunden. Die SPÖ würde binnen kürzester Zeit zur leeren Hülle verkommen...

Unsere Forderungen: Keine Koalition mit einer bürgerlichen Partei...

Gastkommentar aus der SPÖ 9

Am 17. Dezember steht uns also wieder eine Wahl ins Haus. Unisono klingt es aus SPÖ und ÖVP, daß es sich um einen sogenannten Richtungsstreit handelt...

von Elisabeth Hubert, Sekretärsvorsitzende der SPÖ-Wien, Sektion 4, Bezirksorganisation Alsergrund

Es wäre natürlich interessant, was die Herrschaften von einem Richtungsstreit verstehen. Für mich ist es nicht genau nachvollziehbar, da sich die SPÖ in den letzten Jahren immer mehr von ihren Idealen entfernt hat...

Der neueste Vranitzky-Sager: Laut Profil hat der Vorsitzende einen weiteren Grund für die Krise der SPÖ gefunden. „Weil auch den Menschen aus dem Ausland Aufmerksamkeiten gewidmet wird“...

Information: Die Redaktion ist unter der Telefonnummer 476 22 22 (Mittwoch bis Freitag) erreichbar. Die Redaktion ist unter der Telefonnummer 476 22 22 (Mittwoch bis Freitag) erreichbar...

Konsum: Ende gut, alles gut? Proteste gegen Bildungsabbau

Gleiche Bildungschancen für alle - dieses Ziel wurde trotz freien Hochschulzulages und Stipendienstems nie erreicht. Jetzt wittern seit einiger Zeit Konservative Morgenluft und wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen...

Proteste der StudentInnen gegen den Sozialabbau zu diesem Zeitpunkt so massiv waren, erfolgten die nächsten Angriffe "erst" 1992. Die Familienbeihilfe wurde an einen Leistungsnachweis gekoppelt...

von Florian Seidl und Claudia Sorger

Der Sommerschlupfverkauf der Konsumfilialen ist größtenteils beendet. Die meisten Filialnetze sind geschnürt und von den Handelsketten gekauft worden...

von Albert Kropf, Ex-Konsum Mitarbeiter und GMA-Mitglied, Linz

Die Betroffenen, Angestellte, Gewerkschafter und Kunden, werden vor vollendete Tatsachen gestellt, an wen die betreffende Filiale verkauft wird oder ob sie nicht gleich geschlossen wird...

Schrittweise Abbau von Sozialleistungen

1987 wurde unter anderem die Befreiung von der Grundsteuer für Telefon, Radio und Fernsehgeräten (minus 65.000/Jahr) da die Lebenshaltungskosten stark gestiegen...

Die Struktur der Universität soll ebenso wie das Studienrecht stark in Richtung Beteiligung und Wünsche privater Unternehmen verändert werden. Es soll auf der einen Seite Studienausbildung für viele im Schnell-durchlauf (möglichst) orientiert sein...

Als der Chefkoch eine Lohnerhöhung verlangte und auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten hinwies, bekam er zu hören, dafür sei kein Geld da. So verdrängt der Chefkoch nach 20 Dienstjahren immer noch 11.000...

Aber das Leben wird teurer

Zu all diesen Maßnahmen kommt, daß die Studienbeihilfen unzureichend an den Verbraucherindex angepaßt werden. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten stark gestiegen...

Gastgewerbe: Viel Arbeit - wenig Geld!

Das Gastgewerbe ist die Hoffungsbranche der burgenländischen Wirtschaft - doch hoffnungslos sozial für burgenländische Küche und Keller, wie uns ein Kollege aus dem Burgenland berichtet.

Beispiel 1: Ein Restaurant in Oberwart. Ein ausgelegter Koch und Kellerbursche verdient dort für 40 Stunden...

Beispiel 2: Ein Hotel in Podersdorf am See. In diesem Hotel sind die Bestmsten ebenfalls unterbezahlt und überstunden werden zwar befohlen, aber nicht bezahlt...

Beispiel 3: Ein Hotel in Podersdorf am See. In diesem Hotel sind die Bestmsten ebenfalls unterbezahlt und überstunden werden zwar befohlen, aber nicht bezahlt...

Beispiel 4: Ein Hotel in Podersdorf am See. In diesem Hotel sind die Bestmsten ebenfalls unterbezahlt und überstunden werden zwar befohlen, aber nicht bezahlt...

Beispiel 5: Ein Hotel in Podersdorf am See. In diesem Hotel sind die Bestmsten ebenfalls unterbezahlt und überstunden werden zwar befohlen, aber nicht bezahlt...

Beispiel 6: Ein Hotel in Podersdorf am See. In diesem Hotel sind die Bestmsten ebenfalls unterbezahlt und überstunden werden zwar befohlen, aber nicht bezahlt...

Beispiel 7: Ein Hotel in Podersdorf am See. In diesem Hotel sind die Bestmsten ebenfalls unterbezahlt und überstunden werden zwar befohlen, aber nicht bezahlt...

Beispiel 8: Ein Hotel in Podersdorf am See. In diesem Hotel sind die Bestmsten ebenfalls unterbezahlt und überstunden werden zwar befohlen, aber nicht bezahlt...



11.10: Warnstreik der Studenten - mit guter Loktürel

gen - für viele StudentInnen bedeutet das, nebenbei arbeiten zu müssen. Daß all diese Maßnahmen nicht gerade die höheren Söhne und Töchter treffen, liegt auf der Hand...

Gemeinsamer Widerstand Wie andere gesellschaftliche Gruppen (Ausländer, Beamte,...) werden Studenten zu Sündenböcken der laufenden Sozialabbaubemühungen gemacht...

Wie andere gesellschaftliche Gruppen (Ausländer, Beamte,...) werden Studenten zu Sündenböcken der laufenden Sozialabbaubemühungen gemacht...

Wie andere gesellschaftliche Gruppen (Ausländer, Beamte,...) werden Studenten zu Sündenböcken der laufenden Sozialabbaubemühungen gemacht...

Wie andere gesellschaftliche Gruppen (Ausländer, Beamte,...) werden Studenten zu Sündenböcken der laufenden Sozialabbaubemühungen gemacht...

„Das große Fressen“

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...

...sich nicht etwa ein „linksradikales Kampflager“ (ÖGB-Spitzenfunktionäre über Vorwärts), sondern die kreuzbräue Wirtschaftswelt...



2 Jahre Tage pro Woche, 40-stündige Arbeitszeit, Überstundenbezahlung... WOLLT IHR MICH RAUWIEREN?!



Rund eine Million Österreicher von Armut bedroht!

Bürgerliche Wirtschaftskonzepte

Da die kapitalistische Wirtschaft immer wieder in Krisen und Stagnation gerät, haben bürgerliche Wirtschafts "experten" verschiedene Konzepte zur Lösung dieser Mißstände entwickelt. Diese Konzepte unterscheiden sich in ihrer Nähe zu verschiedenen politischen Richtungen und einem mehr bzw. weniger im sozialen Anspruch. Aber letztendlich kann keines dieser Konzepte die strukturellen und grundsätzlichen Schwierigkeiten des Kapitalismus lösen, da diese im System an sich liegen!

Ein Konzept, das vor allem von den Sozialdemokraten lange bevorzugt wurde ist der

Keynesianismus. Monetarismus.

Als der Aufschwung Anfang der 70er Jahre zu Ende ging, schliert die Kapitalismus - nach den 30er Jahren - in seine zweite große Krise in diesem Jahrhundert. Die staatliche Wirtschaftspolitik versuchte mit keynesianischen Maßnahmen, die Krise zu überwinden. "Mir bereiten ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlaflose Nächte als ein paar zehntausend Arbeitslose mehr" (Kreisky) war das Credo dieser Wirtschaftspolitik. Durch vermehrte Staatsausgaben, wie z.B. öffentliche Investitionen, Arbeitsmarktprogramme etc. sollte mehr Wirtschaftswachstum, höhere Beschäftigung und dadurch auch mehr gesellschaftliche Stabilität (keine Streiks etc.) erreicht werden. Diese Art von Wirtschaftspolitik wird auch als "antizyklisch" bezeichnet, da man in Wirtschaftskrisen mehr Staatsschulden machte und diese in Aufschwungszeiten durch höhere Staatsentnahmen wieder abbauen wollte. Das funktionierte allerdings nur in Zeiten des generellen Aufschwungs (wie 1950 - 1973) und wenn die Bürgerlichen mißspielen (also wirklich im Aufschwung mehr Steuern = wegen höherer Gewinne = zahlen). Allerdings konnte in den 70er Jahren unter Kreisky sowohl das Wirtschaftswachstum, das durchschnittlich um 1,3 %/Jahr höher lag als in den übrigen OECD-Ländern, wie auch ein hoher Beschäftigungsgrad gewährleistet werden. Die Kehre der Medaille war allerdings ein rasant wachsender Schuldenberg, der nie wieder abgebaut werden konnte. Nicht vergessen darf man auch, daß die Unternehmer durch Investitionen aus Steuergeldern (die zum Großteil die Arbeiterklasse bezahlt) gute Profite machten - also hat auch diese Wirtschaftspolitik zur Umverteilung von unten nach oben beigetragen.

Was steckt hinter der Budgetkonsolidierung?

Von allen Ecken erschallt ihr Ruf, wenn auch in unterschiedlichen Stimmlagen: „Sparen, sparen, sparen!“ Sämtliche Parlamentsparteien und auch die Gewerkschaften fallen in diesen Chor ein. Sind Sparpakete unausweichlich notwendig? Was verbirgt sich unter dem Deckmantel der „Budgetkonsolidierung“? Und warum ist „unser“ Wirtschaftssystem nicht fähig, wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand zu bieten?

Manfred Wiesner JRE-Wien West

In der Tat ist die Entwicklung der Staatsfinanzen eindrucksvoll. Von knapp weniger als 60 100 Milliarden Ende der 60er Jahre stieg die Verschuldung 1984 auf 65 470 Milliarden im. Heuer wird der historische Höchststand von 65 1351 Milliarden erreicht - was ein Plus von 65 125 Milliarden gegenüber 1994 bedeutet. Alleine die Rückzahlungen machten im Vorjahr 65 84 Milliarden - fast 4/5 des Defizits - aus. Diese Entwicklung fand aber nicht in Österreich alleine statt, wie uns Konservative mit Verweis auf Kreisky weismachen wollen. Alle westeuropäischen Staaten und noch mehr die USA vervielfachten in den 70er und 80er Jahren ihre Staatsschulden - egal, welche Regierung an der Macht war.

In den 80er Jahren traten dann plötzlich überall die Politiker an, welche die Ausweitung der Defizite bekämpfen wollten. Das Schlagwort der Budgetkonsolidierung geistert spätestens seit der Bildung der „großen Koalition, um die großen Probleme zu lösen“ - Anfang 1987 - durch Österreich. Die Sanierung des Budgets war neben dem EU-Beitritt das Hauptziel der SP/VP-Regierung. Daran ist diese letztlich auch gescheitert.

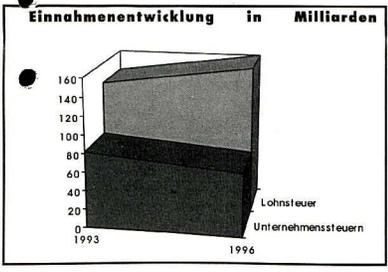
Ursache der explodierenden Staatsverschuldung

Die wachsende Staatsverschuldung, auch der entwickelten kapitalistischen Staaten, hat ihren Beginn in der Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre. Der langanhaltende Nachkriegsaufschwung ging damals endgültig zu Ende. Die Rezession führte zu Massenarbeitslosigkeit und die durch sinkenden Steuereinnahmen und wachsenden Sozialausgaben. Denn die Unternehmer belasteten durch Entlassungen in den Haushalten doppelte: Durch die dann fehlenden Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung, sowie durch die Kosten, die durch Zahlung von Arbeitslosengeld erwachsen. Das trifft auch auf Österreich zu: Bis 1992 wurden die EU-Konvergenzkriterien (siehe Kasernen) zur Wirtschafts- und Währungsunion erfüllt. Da diese starken Zahlen jedoch auf den Beinen einer wachsenden Realität standen, zeigte sich in der relativ kleinen Rezession 1993. Die Defizitquote explodierte

von 3,3 auf 4,6 Prozent, das Defizit auf 143 Milliarden. Das heißt, entgegen der allgemeinen Propaganda ist die Verschuldung nicht gestiegen, weil wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben, sondern weil sich das kapitalistische System seit den 70ern auf dem absteigenden Ast befindet.

Verschuldung ist Umverteilung von Arm zu Reich

Wer Geld zu verdienen hat, ist nicht sehr schwer zu erkennen: Das sind die Millionäre, Banken, Konzerne und Versicherungen. Diese kassieren daher auch den allergrößten Teil der Zinszahlungen des Staates für seine Schulden.



Und das ist nicht wenig Geld: „Derzeit fließen bereits 11% des allgemeinen Haushalts oder deutlich über 20% der Nettosteuererinnahmen des Bundes in den Zinsendienst“ (Sozialpartnergutachten, 6.9.95).

Aber wer bezahlt die Zinsen? Die Steuerzahler. Und den allergrößten und wachsenden Teil der Steuern zahlen die Arbeitnehmer. Diese Entwicklung soll sich weiter fortsetzen. Die Unternehmenssteuern betragen 1993 noch 65 81,8 Milliarden. Sie sollen bis 1996 auf 65 67,8 Milliarden sinken. Die Lohnsteuer erhöht sich im gleichen Zeitraum von 65 139,2 Milliarden auf 65 160 Milliarden (Quelle: GPA-Grundsatzreferat). Daß das keine kurzfristige, eventuelle konjunkturelle verursachte Entwicklung ist, zeigt der lange Vergleich: Die Anteile der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen sanken von 26,9% 1965 auf 14,6% 1991, die Lohnsteuer stieg von 10,8% auf 26,2%.

Die hohen Zinszahlungen sind eine weitere Umverteilung von Arm zu Reich, von Arbeit zu Kapital. Diese Tatsache wurde von der Regierung

in der „3.Welt“ der Fall ist).

☞ Kreditverbilligung: Je stabiler die Verhältnisse, desto billiger wird die Verschuldung der Vergangenheit (die ohnehin nicht abgebaut werden kann) und die Neuaufnahme von Krediten.

☞ Sozialabbau: Das wichtigste Ziel ist jedoch, über eine Budgetkonsolidierung eine Umverteilung von Lohnarbeit zu Kapital, von unten nach oben, zu erreichen. Die letzten Belastungspakete weisen die Richtung: Bei Frauen, Jugendlichen, Arbeitnehmern und Arbeitslosen soll gekürzt und gespart werden. Der Kapitalismus der 90er Jahre verlangt diese Umverteilung, um überlebensfähig zu bleiben. Die Profite sollen auch in Zeiten der Krise steigen. Sozialabbau soll dabei „der Weg“ (zur Konsolidierung) und „das Ziel“ (zur Umverteilung) zugleich sein.

Allein die Steuerreform, die am 1.1.94 in Kraft trat, kostete den Staat 65 18 Milliarden. Dabei wurden die Vermögenssteuer, die Gewerbesteuer, das Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Sonderabgabe für Banken abgeschafft.

Die Logik, mit der auch von der SPÖ-Führung argumentiert wurde, ist allbekannt: Weniger Gewinnsteu-

Unlösbare Widersprüche

Trotz der klaren Strategie der Bourgeoisie und ihrer Politiker, eine Budgetkonsolidierung über massiven Sozialabbau (Strafsteuer auf Frührenten, Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, Studiengebühren, ...) zu erreichen, stehen sie vor unlösbaren Widersprüchen. Sie werden nicht in der Lage sein, die strukturelle Krise des Kapitalismus zu überwinden. Denn wegen der Neuschulden bedeutet, daß sämtliche Netze, die bis jetzt die Folgen der kapitalistischen Krise auffangen, zerrissen werden. Länder wie Britannien zeigen, wie die Zukunft a la Schlüssel/DIZ aussieht - und daß die strukturellen Probleme damit nicht gelöst werden können. Britannien ist heute ärmer und wirtschaftlich schwächer als je zuvor.

Andererseits bedeutet Sozialabbau sinkenden Lebensstandard und damit weniger Massenkaufkraft. Bürgerliche Wirtschaftsforscher sagen ganz unverblümt, daß sie das ohnehin nicht schlecht finden: „Weil dann fahren die Arbeitnehmer weniger weg und geben ihr Geld wenigstens im Land aus“.

Der bürgerliche Spagat, weniger Staatsschuld, mehr Wachstum und Beschäftigung sowie Stabilität zu erreichen, kann nicht gelingen. Der Hoffnung auf einen langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung wird durch neueste WIFO-Untersuchungen der Boden entzogen: heuer ist mit ca. 2,3% Wirtschaftswachstum der Höhepunkt erreicht, 1996 sollen es nur mehr 2,0% sein.

Was jedoch durch eine solche Politik sehr wohl möglich ist, ist eine Steigerung der Unternehmensgewinne und eine Verminderung großer Bevölkerungsschichten. 1994 erreichten die Unternehmensgewinne in Österreich übrigens erstmals die „magischen“ 65 600 Milliarden!

150 Milliarden in Österreich



Fette Zeiten für Billa-Chef Wlaschek

Konvergenzkriterien: Strategie des Kapitals

Die bekannten Konvergenzkriterien von Maastricht, die zur Teilnahme an der Währungsunion berechtigen, erfüllen in Sachen Nettodefizitquote (Nettodefizit dividiert durch das Brutto-Inlandsprodukt; muß unter 3% liegen) nur 3 Länder, die geforderte Staatsverschuldung von unter 60% des BIPs nur 4 Länder. Alle 5 Konvergenzkriterien werden übrigens nur von Luxemburg und Deutschland erfüllt.

Die Regierung beteuerte vor dem EU-Beitritt, die Sozialpolitik werde auch bei der Mitgliedschaft in Österreich gestaltet. Die Sozialpartner formulieren das heute so: „Österreich muß sein Defizit in den Akzeptanzbereich der internationalen Kapitalmärkte zurückführen.“ Kein Wunder, daß heute eine Mehrheit gegen den EU-Beitritt stimmen würde. Sehen doch mehr als 50 Prozent der Österreicher einen direkten Zusammenhang zwischen der sogenannten „Sparpolitik“ und EU.

Kein Zurück in die 30er Jahre!

Schon einmal in diesem Jahrhundert fand eine tiefe kapitalistische Krise statt. Damals (wie heute) wollten die Unternehmer in Österreich hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Die Schulden explodieren, die Gewinne auch, obwohl die Wachstumsraten sinken. Ein Sparpaket nach dem anderen produziert Armut und immer stärkere Umverteilung zugunsten der Reichen. Von rechts gelingt es Haider und Co., die Unzufriedenheit zu polarisieren. Höchste Zeit, links aktiv zu werden und einen sozialistischen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos zu erkämpfen. Die Krise darf und wird nicht so wie in den 30er Jahren enden!

Laßt doch die Reichen zahlen!

Mit den Steuern der österreichischen Arbeitnehmer werden jährlich über die Zinsleistungen an die Anleihebesitzer Dutzende Milliarden umverteilt. Durch die Kosten von Arbeitslosigkeit und Produktionsstilllegungen werden Jahr für Jahr hunderte Milliarden Schilling vernichtet und der Volkswirtschaft entzogen. Das ist die großartige kapitalistische Logik.

VORWÄRTS fordert, daß die Nutznießer und Verursacher dieser Wirtschaftsmisere und Verschuldung zur Kasse gebeten werden. Nicht Arbeitnehmer, Frauen, Schüler und Studierende sollen zahlen, sondern jene, die auf unsere Kosten Vermögen verschleudern.

In Österreich gibt es: 150 Milliardäre, aber 400.000 Beschäftigte, die unter 65 12.000,- brutto verdienen. Im Schnitt verdient ein österreichischer Arbeitnehmer gerade 65 16.200,- im Monat. Zehn Prozent der Unternehmer kontrollieren 80 Prozent des Betriebsvermögens.

Ein Hundertstel der Vermögenden besitzt ein Viertel des gesamten Reichtums des Landes.

Wer soll für die Krise zahlen?

Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen.

Daher ist eine Umverteilung von oben nach unten nötig. Zum Beispiel durch folgende Maßnahmen:

- ☞ Kapitalertragssteuer erhöhen. Österreich hat mit 22% eine der geringsten KEST-Quoten in ganz Europa. Selbst Deutschland besteuert den Ertrag aus Kapital mit 25%.
- ☞ Rücknahme der Steuergeschenke an die Reichen! Von den letzten Steuerreformen haben vor allem Besserverdienende profitiert.
- ☞ Vermögenssteuer wieder einführen. Österreich hat dies im Zuge der letzten Steuerreform abgeschafft, dadurch werden rund 65 10 Mrd./Jahr weniger eingenommen.
- ☞ Erhöhung des Spitzensteuersatzes, durch dessen Reduzierung entgehen dem Staat jährlich rund 65 10 Mrd.
- ☞ Eintreiben der Steuerschulden des Großkapitals (65 40 Mrd.).
- ☞ Nein zu den geplanten 65 100 Mrd. Sonderinvestitionen des Bundesheeres.
- ☞ Für eine Vollbeschäftigungspolitik, d.h. 35 Stundenwoche bei vollem Lohn sofort.
- ☞ Einführung der Wertschöpfungsabgabe
- ☞ 12.000,- netto Mindestlohn für alle ArbeitnehmerInnen.
- ☞ Stopp der Zinszahlungen an die Banken und Millionäre!
- ☞ Beschlagnahmung jener 65 200 Milliarden, die auf nur 0,3% der Konten liegen.
- ☞ Nein zur Privatisierung! Verstaatlichung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle der Arbeitnehmer. Schluß mit der maroden Profit- und Verschuldungswirtschaft der Unternehmer.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
- 5 Nummern zu 85 50 (inkl. Porto) 5 Nummern zu 85 100 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 85 100 (inkl. Porto) 10 Nummern zu 85 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 13.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
- ★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen;
- ★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierung!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien!
- ★ Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
- ★ Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
- ★ Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- ★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsstätte, Gewerkschaft und SPÖ!
- ★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Übertragung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Ausbeutung zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

Zuerst das Positive: Die besten VORWÄRTS-Verkaufe im Oktober gab es dort wo, Arbeitnehmer, Schüler und Studenten aktiv gegen Sozialabbau kämpfen. Bei der Konferenz der Schüleraktionsplattform wurden dreißig Zeitungen verkauft, bei den SAP und Studentenstreik jeweils rund hundert Stück. Viele interessierte Leser fanden wir auch beim ÖGB-Kongreß sowie beim SPÖ-Bundesparteitag. Ausgezeichnet hat auch eine Genossin aus der SPÖ Alsgrund das neue VORWÄRTS an den Mann und die Frau in den Parteisektionen und auf der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ gebracht. Die höchste Einzelspende gab von einer Aktivistin aus der SAP/RIE Süd mit 85 2.000,-. Jetzt ist die schlechte Nachricht: Die FPÖ hat ein Wahlbudget von 40 - 50 Millionen. Wir haben im Oktober gerade ein Viertel unserer Monatsziele - 65 7.588,65 - eingenommen. Hier herrscht ein krasses Missverhältnis! Da wir im Gegensatz zu Haider und Co. weder Steuermittel noch Unternehmervorteile bekommen, brauchen wir einmal mehr eure aktive Unterstützung.

KampffondsAktuell



VORWÄRTS Shop

Dir fehlen noch VORWÄRTS in Deiner Sammlung? Wir schicken Dir alte Ausgaben um 65 20,- für 4 Stück (inkl. Porto) Schreib uns die Nummern die Du willst und lege 4 Briefmarken zu 65 5,- bei (es sind aber leider nicht mehr alle lagernd) VORWÄRTS - Was wir wollen 66 Seiten, 40 BS. Gegen Neuzust. T-Shirt weiß L oder XL, 85 120,-. Gegen Nazis Buttons 85 15,-. Materialliste 85 10,-. Versand erfolgt nach Einlangen des Geldes auf unserem Konto

PSK 8812.733

Termine

- 10.11.: "Eat the rich" - zuerst der Film, dann die Party gibt's bei der JRE-Wien West
- 13.11.: "Gegen Schwarz-Blau" - darüber diskutiert die SozialistInnen in der SPÖ, denen es reicht
- 16.11.: "Nein zu den französischen Atomtest" stellt die JRE-Wien Ost klar
- 17.11.: "Ist die 3.Republik vermeidbar?" fragt sich die JRE-Wien Süd
- 17.11.: "Gewerkschaften und Gewerkschaftsarbeit" ist das Thema der SJ-Barricade

17.12.: Am Wahltag gibt es Wahlplakate und Diskussion zum Wahlergebnis. (Ort und Zeit unter 0222/ 597 0 432 erfragen)

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Gruppen, wo auch VORWÄRTS'ler aktiv sind. Oder ruf uns an: 0222/ 597 0 432

Wien

"Uns reicht" - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich Terminfragen bei der Redaktion

JRE Wien Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5., Rotpunkt/ Reiprechtstrasse/6

JRE Wien West: jeden Freitag 19 Uhr 7.Siebenbrunn/31

JRE Wien Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20. Allerheiligenplatz 17 Ecke Donaustraßen/1 Vortragsanträge

JRE Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr "ARENA" 3, Baumg.80

Gewerkschaftsstammisch jeden 2. und 4.Mittwoch 19 Uhr 3, Zentrum Erdberg Lechnerstraße 2-4

Bundesländer

SJ Wels: jeden Freitag 18 Uhr Ecke Loystr./Eisenwerkstr. Wels

Jugend gegen Faschismus/ Wiener Neustadt: jeden Dienstag 18 Uhr Wl./Neustädter Nachrichten Kolomtischg. 12, 1.Stock

Infos unter: 0222/ 59 70 432 oder: PF 2, 1082 Wien

Internationales

Linksruck in Berlin Die Wahlen in Berlin Ende Oktober 95 brachten das erwartete Ergebnis für die SPD: Die SPD - überschattet von der Führungskrise der rechten Parteibürokratie - verlor an die 7% und liegt bei 23,6%. Die PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) gewann 5,4% und sieht bei 14,6%. Ebenso gewann die Liste Bündnis 90/ Die Grünen 3,9% und liegt jetzt bei 13,2%. Die CDU (konservative Regierungspartei) verlor 3% und bleibt mit 37,4% in Westberlin und bei 41,4% in der stärksten Partei. Die rechtstenden Republikaner konnten mit 2,7% der Stimmen nicht ins Berliner Abgeordnetenhaus. Aber Ost- und Westberlin wahl sehr unterschiedlich: Im Westen liegt die CDU bei 45,4%, aber im Osten nur bei 23,6% - die SPD im Westen bei 25,5%, aber im Osten nur bei 20,2%. Die PDS kommt im Westen auf magere 2,1%, aber im Osten auf 36,3%, und somit ist die PDS in Ostberlin die stärkste Partei. Die Wahlbeteiligung war mit nur 68% die niedrigste seit 1946. Die PDS hat jetzt angekündigt, eine rot-grüne Koalition unterstützen zu wollen. Die rechte SPD-Führung und die Bündnis-Grünen stecken nun in der Klemme, denn sie lehnen eine offizielle politische Zusammenarbeit mit der PDS ab und sparen damit die Stimmen für die Linke und für einen Sturz der CDU-Regierung.

China: Ausweg für die Weltwirtschaft?

Für viele westliche Wirtschaftsexperten wird China als der Ausweg aus der Krise der Weltwirtschaft gesehen. Es wird über einen enormen Markt mit 1,2 Milliarden Menschen und großartigen Chancen für westliche Firmen gebühelt. Doch - sieht die Zukunft Chinas wirklich so rosig aus? - % - heute sind es nur mehr 50 %. Und nur ein Drittel davon schreibt schwarze Zahlen. Verluste müssen vom Staatshaushalt gedeckt werden. Da alleine verschlingt 40 % aller staatlichen Ausgaben. In China setzten die ersten Bestrebungen in Richtung Marktwirtschaft schon viel früher als z.B. in der UdSSR ein. Seit der „großen sozialistischen“ Kulturrevolution (1964-69) gibt es einen Kampf zwischen den verschiedenen Teilen der Bürokratie. Und mit dem Tod Maos 1976 kamen die „Reformer“ unter der Führung des jetzt über 90jährigen Deng Xiaoping endgültig an die Macht. Mitte der 80er Jahre bekamen verschiedene Städte (vor allem in Küstenregionen) den Status der „Sonderwirtschaftszonen“. Das sind Zonen, in denen vom Staat in keiner Weise in die Wirtschaft eingegriffen wird. Das Chaos des Marktes regiert. Die Sonderwirtschaftszonen sind es auch, die für die positiven Wirtschaftswachstum von 12%, und der Überschub im Handel mit den USA betrug 30 Mrd. Dollar. Doch dieser Erfolg basiert nur auf der Superausbeutung der Arbeiterklasse. Die Menschen (auch Kinder) arbeiten 12 Stunden am Tag für einen unzureichenden Lohn unter oft menschenunwürdigen Bedingungen. Und es werden nicht in China benötigte Güter produziert, sondern fast ausschließlich Exportartikel. Ein Großteil der Infrastruktur ist extrem veraltet, sieht oft noch am Stand des 2. Weltkriegs. Und Abfälle werden einfach in den nächsten Teich gekippt. 1985 trug der Anteil des staatlichen Sektors der Wirtschaft am Gesamtchinesischen Output noch 85

von Katja Arthofer, JRE - Wien/Ost

In China setzten die ersten Bestrebungen in Richtung Marktwirtschaft schon viel früher als z.B. in der UdSSR ein. Seit der „großen sozialistischen“ Kulturrevolution (1964-69) gibt es einen Kampf zwischen den verschiedenen Teilen der Bürokratie. Und mit dem Tod Maos 1976 kamen die „Reformer“ unter der Führung des jetzt über 90jährigen Deng Xiaoping endgültig an die Macht. Mitte der 80er Jahre bekamen verschiedene Städte (vor allem in Küstenregionen) den Status der „Sonderwirtschaftszonen“. Das sind Zonen, in denen vom Staat in keiner Weise in die Wirtschaft eingegriffen wird. Das Chaos des Marktes regiert. Die Sonderwirtschaftszonen sind es auch, die für die positiven Wirtschaftswachstum von 12%, und der Überschub im Handel mit den USA betrug 30 Mrd. Dollar. Doch dieser Erfolg basiert nur auf der Superausbeutung der Arbeiterklasse. Die Menschen (auch Kinder) arbeiten 12 Stunden am Tag für einen unzureichenden Lohn unter oft menschenunwürdigen Bedingungen. Und es werden nicht in China benötigte Güter produziert, sondern fast ausschließlich Exportartikel. Ein Großteil der Infrastruktur ist extrem veraltet, sieht oft noch am Stand des 2. Weltkriegs. Und Abfälle werden einfach in den nächsten Teich gekippt.

Sozialer Zündstoff

Die Pekinger Führung hatte es sich zum Ziel für 1994 gesetzt, die staatlichen Betriebe zu sanieren - doch mit der Umsetzung wurde nie begonnen. Die Reform hätte mindestens 20 Mio. Arbeitsplätze vernichtet. Weiteren sozialen Zündstoff vermehrt die großen Wanderbewegungen: 100 Mio. Bauern haben sich bis 1994 bereits auf den Weg in die Städte gemacht. Geschätzt 15 Mio werden heuer noch hinzukommen. Kein Wunder, denn das Lohngefälle beträgt 10:1. Die Neuaufkommlinge „leben“ oft in Ghettos, unter Brücken etc. Das soziale Netz ist zusammengebrochen. Das hat zur Folge, daß Millionen von Arbeitern illegal in den Städten leben, deren Kinder die Schule nicht besuchen dürfen. Die Schere zwischen den reichen Küstenstädten und den armen ländlichen Regionen wird immer größer. Regionale Führungen lassen sich nichts mehr von der Pekinger Zentrale befahlen. Die Allmacht der Partei ist gebrochen - die Möglichkeit eines Zerfalls à la Jugoslawien ist eine nicht unwahrscheinliche Perspektive.

Widerstand regt sich!

Der Studentenaufruf von 1989 war der Beginn von Bewegungen in der Arbeiterklasse. Unabhängige und offizielle Gewerkschaften in den Sonderwirtschaftszonen beginnen, sich zu organisieren. 1993 gab es 6000 Streiks, im ersten Quartal 1994 waren es allein 3000 (neue Daten liegen noch nicht vor). Bauernaufstände stehen auf der Tages-

Ausweg China?

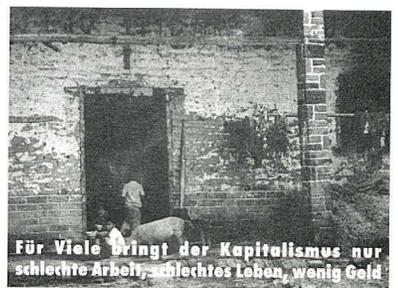
Was ist, daß es in China einen riesigen potentiellen Markt für den Westen gibt. Doch die große Armut und die enorme Ausbeutung bei extrem niedrigen Löhnen deuten nicht darauf hin, daß China DIE große Chance für den Westen darstellen wird. China verringert diese Möglichkeit noch weiter. Einige westliche Firmen werden es sicher schaffen, sich am chinesischen Markt zu etablieren. Doch ein langfristiges „Alleinvertel China“ für die Weltwirtschaft ist China sicher genauso wenig wie Osteuropa. Umgekehrt betrachtet stellt sich auch die Frage, wer die Millionen von chinesischen Produkten kaufen soll - wo doch schon der Westen Probleme hat, seine eigenen Güter abzusetzen.

Arbeiter stürzen türkische Regierung

Tansu Ciller (Photo) galt als „türkische Maggie Thatcher“. Thatcher fiel 1992 über die Massenbewegung der britischen Arbeiterklasse gegen die verfallene Kopfsteuer (Poll Tax) - nach 14 Jahren arbeiter- und gewerkschaftsfeindlicher Politik als Regierungschefin. Ciller machte es nur zwei Jahre. Am 20. September 1995 zerbrach ihre Regierungskoalition mit den „Sozialdemokraten“ der CHP (Republikanische Volkspartei).

Sascha Stanicic, Köln Sozialistische Alternative Voran (SAV) und Roman Seidl

Ciller müde zurücktreten, versuchte eine Regierung mit den Faschisten zu bilden und scheiterte am Widerstand der Bevölkerung. Hintergrund dieser dramatischen Krise des türkischen Kapitalismus ist die größte Massenbewegung der Arbeiterklasse in der Türkei seit dem Militärputsch 1980. Ende September waren 350.000 Staatsbeschäftigte im Streik - von der staatlichen Industrie über die Häfen bis zur Eisenbahn traten die Arbeiter in den Ausstand. Die Streiks richteten sich gegen die neoliberalen Politik der türkischen Regierung, die die Krise des kapitalistischen Systems auf dem Rücken der Arbeiter austragen will. Auslöser war ein Lohnrückgangsantrag der Regierung von 5,4 Prozent



Für Viele bringt der Kapitalismus nur schlechte Arbeit, schlechtes Leben, wenig Geld

Wie in ganz Süd-Ost-Asien ist der Kapitalismus auch in China mit Superausbeutung und Diktatur verbunden. Die austretenden Wirtschaftsklassen können keinesfalls als Beispiel für Dritte-Welt-Länder dienen, wenn es um Lebensstandard, Demokratie und Lebensqualität geht. Dazu kommt auch die zunehmende Instabilität. Einerseits durch die Konflikte zwischen den Staaten (China rüstet auf - wohl um die Vormachtstellung im Süd-Ost-Asiatenraum zu erlangen) und vor allem weil sich Arbeiter und Jugendliche in großem Umfang zu wehren beginnen. Die Hoffnung, daß es in China einen ruhigen Übergang zur Marktwirtschaft geben könnte, wird durch die tägliche Realität zerstört. Und die unvermeidlichen Machtkämpfe nach dem Arbeiterstreik und Dengs Tod werden die Situation auch nicht verbessern. Superausbeutung, enorme regionale Unterschiede und Spannungen, ausufernde Korruption, eine Führung, die keine mehr ist, Armut, ... - ein explosiver Cocktail der China nicht zur Ruhe kommen lassen wird.

der faschistischen MHP. Es besteht die Gefahr, daß die Militärs, die in den letzten Jahren die Fäden im Hintergrund gesponnen haben, wieder offen eingreifen. Aber diese Bewegung der Arbeiterklasse hat das Potential, der Spaltung die Einheit entgegenzustellen. Sie könnte der Anfang vom Ende des türkischen Kapitalismus sein, wenn aus ihr eine neue sozialistische Massenkraft entsteht, die die Arbeiter im Kampf vereint (die internationale Organisation, der die SAV angeschlossen ist) wird dazu ihren Beitrag leisten.



Ciller: Will um jeden Preis an der Macht bleiben

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Neue Bücher über Haider, Rechtsextreme und Nazis!

"Haider's Clan"

Seit seinem Erscheinen wird es als neuer Bestseller gehandelt. Der Journalist Hans-Henning Scharsch hat nach „Haider's Kampf“ sein zweites Buch vorgestellt: „Haider's Clan - Wie Gewalt entsteht“.

von Michael Bonvalot, JRE Wien-Nord

Scharsch betätigt sich darin wieder als der große Zusammenfasser von bereits Geschriebenem, allerdings weniger als in seinem Erstlingswerk. Trotzdem ist es eine wertvolle Hilfe für alle, die fundiert gegen die FPÖ und ihre Naziverbindungen argumentieren wollen. Es ist leicht lesbare geschrieben und besteht vor allem durch sein umfangreiches Register (etwa über 1000 Quellenangaben). Das Buch ist ein guter Einstieg, wird jedoch dem „besessenen Antifaschisten“ kaum Neues bringen. Am Anfang steht ein historischer Abriss der rechtsextremen Szene in Österreich unter besonderer Betonung der FPÖ. Es folgen Kurzbiographien bekannter FPÖ-Politiker und ihrer Wurzeln, die teilweise in der Kaderebene militanter

"Die Rechte in Bewegung"

Eine weitere Neuerscheinung ist "Die Rechte in Bewegung - Seilschaften und Vernetzungen der <<Neuen Rechten">" von Wolfgang Purtscheller.

von Sonja Grusch

Wiewohl neben seinen Vorgängern „Aufbruch der Völkischen“ und „Die Ordnung, die sie meinen“ von eher niedrigem Gebrauchswert, doch ein gutes Buch, um sich über die Querverbindungen der rechten Szene ZB zu informieren. Interessant ist vor allem die Beschreibung der Position der extremen Rechten zur Frage „Europa“. Der Beitrag über „Rechte Frauen(themen) in Österreich“ hält nicht, was der Titel verspricht und schlägt die Informationslücke über Frauen und Rechtsextremismus/Faschismus auf. Am informativsten, weil noch nicht so bekannt, ist der Teil über die VPM (Verein zur Förderung psychologischer Menschenkenntnis). Eine Sektentähnliche Organisation, die vor allem durch ihr erzkonservatives Anti-

Scharschs erstem Buch: „Die Warnung... (,) kommt diesmal nicht von linksausen, sondern von einem liberalen Bürgerlichen mit christlichem Werteverständnis...“ Denn genau der Frage „Was tun gegen rechte Heide“, welches Programm und welche Aktionen“ stehen die „liberalen Bürger“ an. H.H.Scharsch, „Haider's Clan“, Orac Verlag, 85 298,-.



Zwillinge: F - ÖVP?

Einen Tritt für die 3. Republik!

Bildung nur noch für die Elite, Sozialabbau an allen Ecken und Enden, Hetze gegen Ausländer, polizeistaatliche Methoden - das ist die Mischung, die uns Haider unter dem Titel „Dritte Republik“ verkaufen will.

von Harry Mahrer;
JRE Wien Süd

Haider zieht als Kreuzritter gegen Proporz, Privilegien, Umvolkung und Sozialschmarotzer durchs Land. Gegen die „rot“ - schwarzen Privilegien gibt's ein Tafel in der ZiB. Doch ist er selbst an der Macht (wie z.B. in Kärnten), wird das ganze Land klammheimlich mit Haiders „Bublerpartie“ durch- und besetzt.

Scheinheiliger Haider

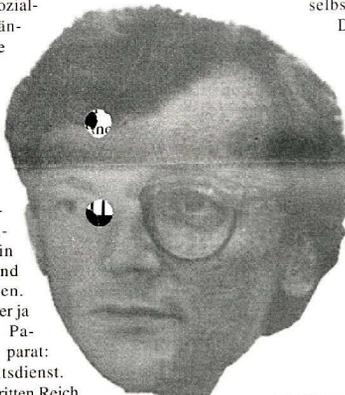
Selbst kassiert die FPÖ Steuermillionen, bei SPÖ und ÖGB ist das dann plötzlich skandalös. Seine Stimmungsmache gegen Ausländer soll uns von den wahren Verursachern der Krise ablenken. Das Menschenrecht auf Familienzusammenführung lehnt die F zum Beispiel ab. Sozialleistungen für Ausländer sollen radikal gekürzt oder gestrichen werden - obwohl In und Ausländer durch ihre Beiträge finanzieren. Wenn Haider von Sozialschmarotzern spricht, meint er nicht jene, die auf unsere Kosten ein tolles Leben führen (z.B. Unternehmer). Nein, es sind die angeblich „Faulen“: alleinerziehende Frauen, Arbeitslo-

se, Studenten, Schüler, Sozialhilfeempfänger etc., die scheinbar mit weniger als öS 9.000,- pro Monat (durchschnittlicher Arbeitslosenbezug) in Saus und Braus leben. Für die hat er ja auch eine Patentlösung parat: Den Arbeitsdienst. Denn im Dritten Reich wurde ja, so Haider, „eine ordentliche Beschäftigungspolitik“ gemacht. Die möchte die F wohl am liebsten auch für die „sozialistischen Staatskünstler“ - also all jene, die nicht so malen, dichten oder musizieren wie sich die F - Bonzen das vorstellen. Und das sind viele Kulturschaffende, eigentlich fast alle. Der Ex - Bundesgeschäftsführer Rumpold brachte die kulturpolitische Linie seiner Partei jedenfalls so auf den Punkt: „Ihr seid's Scheißhunde,

ihr Künstler.“ Konkret heißt die Freiheit, die sie meinen jedenfalls komplette Subventionsstreichungen für alles, was nicht ins blaue Konzept paßt. Haider sieht sich selbst als echten Demokraten. Gleich-

und echte Politik für den „kleinen Mann“ entgegengesetzt, spielte sie sein Spiel mit. Ausländerfeindliche Gesetze und Sparpakete bereiten Haider das Feld zur Machtübernahme. Wir müssen selbst aktiv werden - einerseits durch volle Mobilisierung auf der Straße, in Betrieben und

Schulen gegen die FPÖ. Keinen Fußbreit der F-Propaganda! Gleichzeitig müssen wir uns gegen alle Angriffe auf soziale oder demokratische Errungenschaften - egal, von wem sie kommen - zur Wehr setzen. Am besten dadurch, daß man bei VORWÄRTS und/ oder JRE mitmacht!



Ins Abseits mit Haider und Schüssel



zeiti g schreit er nach Lauschangriff, Berufsheer, Aufrüstung und erweiterten Polizeibefugnissen. Unter dem Deckmantel der Einsparung möchte er ein allmächtiges Sicherheitsministerium schaffen. Und autoritäre Befugnisse für den Regierungschef fordert der F-Führer auch.

Widerstand gegen seinen geplanten Generalangriff auf demokratische und soziale Errungenschaften soll so verhindert werden. Nach dem Vorbild von Thatcher und Co. würde Haider z.B. Polizei gegen Streikende einsetzen. Mit dem Schlauchtruf der „3.Republik“ soll eine neue Ordnung eingeführt werden. Doch wem nützt eine Ordnung, in der gewerkschaftliche und demokratische Rechte beschnitten werden?

Links aktiv werden!

Was aber machte die SPÖ-Führung bis jetzt? Anstatt Haider Widerstand

„... es gibt in der ÖVP viele, die sich auf eine Zusammenarbeit freuen.“

Michael Graff

ÖVP-Abgeordneter, Okt. 95

Eine saubere Bagage

Im Kleinen zeigt sich, was im Großen droht, wenn die Blauen an die Macht kommen. Ein Ausschnitt aus dem frohen Schaffen der Margaretnr Freiheitlichen während der letzten zwei Jahre:
 ☞ F - Bezirksvorsteherstellvertreter und Oberpolizist Brandl mußte aufgrund einer Verurteilung wegen Amtsmißbrauchs gehen. Vorher spielte er schon während seines Krankenstandes

Leibwächter für Jörg Haider.
 ☞ Ein F-Bezirksrat mußte wegen Betätigung in der rechtsextremen Gewaltszene sein Amt niederlegen.
 ☞ F-Gemeinderat Engl trat wegen illegaler Beschäftigung von Ausländern zurück.
 ☞ F-Nationalrat Gudenus mußte zurücktreten, weil für ihn Gaskammern in den KZ "dogmatisch vorgeschrieben" nicht existierten.

Protest bei der F - Abschlußveranstaltung am 15.12. in Wien